

Gerhard Bronner, LAG Ökologie

### **Grüne: GVFG-Förderung leistet Nonsens-Projekten Vorschub**

**Einen völligen Umbau der Förderung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur fordert die Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg. Die jetzige Praxis führe zu nutzlosen Projekten, die unnötig Geld kosten und die Landschaft belasten.**

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), dessen Mittel seit der Föderalismusreform über das Entflechtungsgesetz an die Länder geleitet werden, soll Investitionen der Kommunen und Kreise in Verkehrsinfrastruktur fördern. Der hohe Fördersatz (früher 85 %, jetzt 70-75 %) verleitet jedoch die Kommunen dazu, auch Nonsens-Projekte voranzutreiben, nur um die Zuschussmittel abzuschöpfen. Die Landesarbeitsgemeinschaft ist der Meinung, dass mehr als die Hälfte des Gesamtetats in solche verkehrlich unsinnigen Projekte fließt.

So werden kleine Gemeindestraßen mit vernachlässigbarer Verkehrsfrequenz auf Landstraßenbreite ausgebaut, weil sonst keine GVFG-Mittel fließen. In vielen Fällen, wo eine Belagserneuerung ausreichen würde (die die Gemeinde selbst bezahlen müsste), wird stattdessen eine Ausbauplanung durchgezogen, die man dann über GVFG finanzieren kann. Angesprochen auf die Unnötigkeit eines Ausbaus, hörte man schon von einem Kreiskämmerer, er ließe sich doch diese Chance auf einen vom Staat finanzierten Auftrag für die örtliche Tiefbauwirtschaft nicht entgehen.

Auch im öffentlichen Verkehr führt die GVFG-Förderung zu einem nicht optimalen Mitteleinsatz. Die Höhe des Zuschusses bemisst sich grundsätzlich an den Projektkosten und nicht am erreichten Fahrgastnutzen. Teure Großprojekte wie die Karlsruher U-Strassenbahn oder Stuttgart 21 (teilfinanziert über GVFG) werden gegenüber kleinteiligen Maßnahmen bevorzugt.

Das stufenweise Auslaufen des GVFG mit seinem engen Förderrahmen als Folge der Föderalismusreform nehmen die Grünen zum Anlass, sich für eine grundlegende Reform der Förderung kommunaler Verkehrsvorhaben einzusetzen.

Die GRÜNEN schlagen vor, vom GVFG-Fördertopf nur noch ein Drittel für große ÖPNV-Projekte direkt auszugeben. Die restlichen zwei Drittel sollen den Kommunen und Landkreisen nach einem geeigneten Schlüssel pauschal zugeteilt werden. Mindestens die Hälfte dieser Gelder müssen dem ÖPNV zufließen, andernfalls muss nachgewiesen werden, dass kein Investitionsbedarf besteht.

Wenn die Kommunen eigene Finanzverantwortung hätten – so die GRÜNEN – so würden sie zweifellos verantwortungsvoller mit dem Geld umgehen. Seit der Föderalismusreform haben die Länder die Möglichkeit, die GVFG-Mittel nach eigenem Gutdünken auszugeben, also sich von der reinen Projektförderung zu lösen. Das vorgeschlagene Verfahren hätte auch den Vorteil, dass einiges an Verwaltungsaufwand wegfallen würde. Einziger Nachteil: Landtagsabgeordnete, Bürgermeister Landräte hätten weniger Gelegenheiten, grüne Bänder an Straßenbauten durchzuschneiden. Doch das erscheint den GRÜNEN verkraftbar.

Kann auch als Grundlage eines Positionspapieres / Beschlusses verwendet werden